

# Die EFTA-Staaten, der EWR und die Schweiz

Burkard Steppacher

Nach den turbulenten und zugleich für alle Beteiligten quälend lange unklaren Jahren des britischen EU-Austrittsprozesses sind seit dem effektiven EU-Austritt des Vereinigten Königreichs auch die Beziehungen zwischen der Europäischen Union (EU) und den Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) inzwischen wieder spürbar ruhiger geworden. Schon mit den ersten Brexit-Überlegungen war klar gewesen, dass ein EU-Austritt des Vereinigten Königreichs auch gravierende Konsequenzen auf die EU-EFTA-Beziehungen haben würde, insofern drei der vier EFTA-Staaten (Island, Norwegen und Liechtenstein) mit der EU einen gemeinsamen Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) bilden und auch das nicht am EWR teilnehmende EFTA-Mitglied Schweiz ein dichtes Vertragsnetz mit der Europäischen Union unterhält.<sup>1</sup>

Die Aktivitäten sämtlicher Beteiligten waren daher darauf fokussiert, nach dem Brexit den neuen Solisten in London so in das handels- und wirtschaftspolitische europäische Beziehungskonzert einzubinden, dass keine Misstöne oder ungewünschten Generalpausen entstehen. So wie die EU darum bemüht war, möglichst lückenlos nach der Brexit-Entscheidung eine neue vertragliche Grundlage für die weiteren Beziehungen zu schaffen, war es auch im Interesse der EFTA-Staaten, in ähnlicher Weise neue Abkommen mit dem Vereinigten Königreich zu schließen.

Die drei EWR-EFTA-Staaten stimmten sich dabei eng ab, sowohl untereinander wie mit den EU-Akteuren, die Schweiz schloss ihrerseits mit dem Vereinigten Königreich mehrere bilaterale Abkommen, um für die hier nicht mehr anwendbaren bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU rechtlichen Ersatz zu schaffen.<sup>2</sup>

## Aktuelle EFTA-Entwicklungen

Die EFTA konnte im Herbst 2020 ihr 60-jähriges Bestehen feiern. 1960 hatten sieben Staaten mit Unterzeichnung der Stockholmer Konvention die Europäische Freihandelsassoziation ins Leben gerufen. Seit 1995 ist die EFTA eine Vierergemeinschaft, die in dieser Form vertraglich eng mit der EU kooperiert. Angesichts der andauernden Covid-19-Pandemie konnte das Jubiläum 2020 lediglich in digitaler Form gefeiert werden, unter anderem im Rahmen einer hochrangig besetzten Online-Panel-Diskussion zu Fragen der globalen Handelsbeziehungen in Zeiten der Pandemie.<sup>3</sup>

Ebenso wurden die monatlichen Treffen des EFTA-Rats auf Botschafter- beziehungsweise auf Ministerebene weiterhin als Videokonferenzen durchgeführt.<sup>4</sup> Im EFTA Rat, dem obersten Gremium der Freihandelsassoziation, hat Norwegen Anfang 2021 den

---

1 Burkard Steppacher: Die EFTA-Staaten, der EWR und die Schweiz, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2016, Baden-Baden 2016, S. 367–372.

2 Vgl. dazu unten die Abschnitte über den EWR und die Schweiz.

3 EFTA: EFTA celebrates its 60th anniversary with an online panel discussion on global trade, 29.10.2020, abrufbar unter: <https://www.efta.int/About-EFTA/news/EFTA-celebrates-its-60th-anniversary-online-panel-discussion-global-trade-520291> (letzter Zugriff: 3.9.2021).

4 EFTA: EFTA Council prepares for the Ministerial meeting, 11.5.2021, abrufbar unter: <https://www.efta.int/About-EFTA/news/EFTA-Council-prepares-Ministerial-meeting-523711> (letzter Zugriff: 3.9.2021).

Schweizer Vorsitz abgelöst. Zu den Prioritäten des neuen Vorsitzes gehört neben internen Reformen der weitere Ausbau des weltweiten Netzes von Freihandelsabkommen.

Aktuell unterhalten die EFTA-Staaten, über die Beziehungen zur europäischen Nachbarschaft hinausgehend, weltweit 29 Freihandelsabkommen mit 40 Partnerländern.<sup>5</sup> Im Jahr 2020 konnte das Freihandelsabkommen EFTA-Ecuador in Kraft treten, das Abkommen mit Indonesien stockt noch angesichts der fehlenden Ratifikation durch die Schweiz. Die Verhandlungen der EFTA mit Indien, Vietnam, Malaysia und den Mercosur-Staaten gingen zuletzt eher zäh voran. Neben diesen und weiteren Abkommen bemüht sich die EFTA seit etlichen Jahren vermehrt um die Modernisierung und Erweiterung von bestehenden Freihandelsabkommen, unter anderem um Themen wie digitaler Handel (E-Commerce), nachhaltige Entwicklung und Transparenz.

### **Der EWR nach dem britischen EU- und EWR-Austritt**

Durch den britischen EU-Austritt war es sowohl für die EU als auch für die EFTA-Staaten erforderlich, ihre jeweiligen Beziehungen zum Vereinigten Königreich neu zu regeln. Referenzrahmen war dafür das bestehende EWR-Recht, das sich in vielem am EU-Binnenmarktrecht orientiert. Dementsprechend mussten die britischen Wünsche sowie die EU- und EWR-Positionen in ein für alle Beteiligten jeweils adäquates Rechte-und-Pflichten-Verhältnis gebracht werden.<sup>6</sup> Kurz vor Ablauf der Übergangsregelung konnte zunächst seitens der EU am 30. Dezember 2020 ein Handels- und Kooperationsabkommen mit London unterzeichnet werden; es wurde seit dem 1. Januar 2021 vorläufig angewandt und trat am 1. Mai 2021 endgültig in Kraft.<sup>7</sup>

Da dieses Abkommen aber nicht auf die drei EWR-EFTA-Staaten anwendbar ist, verhandelten Island, Liechtenstein und Norwegen gemeinsam ein Freihandelsabkommen mit dem Vereinigten Königreich, das am 8. Juli 2021 in London unterzeichnet wurde.<sup>8</sup> Mit diesem Abkommen werden die Wirtschaftsbeziehungen mit London neu geregelt, es umfasst neben dem grenzüberschreitenden Dienstleistungshandel, einschließlich Finanzdienstleistungen, auch Bereiche wie Investitionen, Schutz des geistigen Eigentums, digitaler Handel, Kapitalverkehr und öffentliches Auftragswesen. Das Abkommen verhindert insbesondere Diskriminierungen gegenüber Unternehmen aus der EU und bietet den Wirtschaftsakteuren der drei EFTA-Staaten einen bevorzugten Marktzugang gegenüber Ländern, die kein Abkommen mit London haben. Inhaltlich wie auch von der vertraglichen Struktur her orientiert es sich am Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich.<sup>9</sup>

---

5 EFTA: 60th Annual Report of the European Free Trade Association 2020, Genf/Brüssel 2021, S. 11 ff., abrufbar unter: <http://www.efta.int/publications/annual-report> (letzter Zugriff: 3.9.2021).

6 Rat der EU: Pressemitteilung, Gemeinsame Erklärung der Mitglieder des EWR-Rates, 28.5.2021, abrufbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/05/28/joint-statement-of-the-members-of-the-eea-council/> (letzter Zugriff: 3.9.2021).

7 Europäische Kommission: Das Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, 20.4.2021, abrufbar unter: [https://ec.europa.eu/info/strategy/relations-non-eu-countries/relations-united-kingdom/eu-uk-trade-and-cooperation-agreement\\_de](https://ec.europa.eu/info/strategy/relations-non-eu-countries/relations-united-kingdom/eu-uk-trade-and-cooperation-agreement_de); sowie Europäische Union: Abkommen über Handel und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland andererseits, in: Amtsblatt der EU L 149/10, 30.4.2021.

8 EFTA: United Kingdom, in: Global Trade Relations, Free Trade Agreements and Trade Relations by Partners, abrufbar unter: <https://www.efta.int/free-trade/free-trade-agreements/uk> (letzter Zugriff: 3.9.2021).

## Island – Wahlkampf zwischen Pandemie und Vulkanausbruch

Bei allen Ungewissheiten ist doch immerhin noch auf die Vulkane Verlass: Hatte sich das Pendel der Klagen über „Overtourism“ in den vergangenen Jahren in Island mit Beginn der Covid-19-Pandemie zwischenzeitlich zu entgegengesetzten Krisenrufen aus der Tourismusbranche bewegt, so bewirkt seit März 2021 der Ausbruch des Vulkans Fagradalsfjall nahe der Hauptstadt Reykjavík inzwischen wieder einen neuerlichen Anstieg der Besucherzahlen auf der kleinen Insel im Nordatlantik.

Die Hauptexportgüter Islands sind unverändert Fisch und Aluminiumerzeugnisse (mit jeweils über 30 Prozent Anteil der Exporte), gleichwohl ist der Dienstleistungssektor seit langen Jahren der wichtigste Anteil bei der isländischen Bruttowertschöpfung (73,1 Prozent im Jahr 2020), in welchem 78 Prozent der erwerbstätigen Isländer (Stand 2020) beschäftigt sind. So ist erklärlich, dass neben dem Nationalsymbol Fisch vor allem der Dienstleistungssektor und hier der Tourismus wirtschaftspolitisch eine große Bedeutung haben.

Innenpolitisch steht Island 2021 im Zeichen der Parlamentswahlen. Das Parlament (Althing) zeichnet sich seit Jahren durch eine stark fragmentierte Parteienlandschaft aus. Seit den Wahlen von 2017 wird Island von einem ungewöhnlichen „Rechts-Links-Bündnis“ unter der Führung der linksgrünen Ministerpräsidentin Katrín Jakobsdóttir zusammen mit zwei liberalkonservativen Parteien (Unabhängigkeitspartei und Fortschrittspartei) regiert, einer Koalition, die im Vergleich zu den Vorgängerregierungen trotz politischer Divergenzen das Land recht erfolgreich durch die Zeit steuerte. Allerdings sind die Umfragewerte der Partei der Regierungschefin, ähnlich wie im Nachbarland Norwegen, zuletzt leicht gesunken, so dass eine Veränderung der Koalitionsregierung nicht ausgeschlossen ist.

## Norwegen – Corona, Öl und Fischfang ...und Parlamentswahlen

In der Folge des britischen EU-Austritts galt es, die Frage der Fischfangrechte in der Nordsee und im Nordostatlantik zu klären: Das seit Jahrzehnten zwischen Norwegen und der EU geltende Fischereiabkommen, auf dessen Grundlage in jährlichen Konsultationen jeweils Gesamtfangmengen und Quoten festgelegt wurden, bedurfte durch den neuen Akteur London einer Anpassung, verbunden mit einer Neuaufteilung der Fischfangrechte in der Nordsee.

Im März 2021 einigten sich Norwegen, die EU und das Vereinigte Königreich auf neue Fischfangmengen in der Nordsee.<sup>10</sup> Strittig war dabei nicht nur die Gesamtmenge, wobei üblicherweise Umweltbelange und Fischereiinteressen regelmäßig kollidieren, sondern auch die konkrete Aufteilung der Quoten zwischen den Ländern. Erst im Juni 2021 einigten sich die EU und London schließlich auf Fischfangquoten für die Jahre 2021 und 2022. Allerdings scheiterten kurz darauf die Verhandlungen zwischen Oslo und London über den arktischen Fischfang, so dass Norwegen die EU-Rechte zu kürzen versuchte.

Innenpolitisch wurden 2021 in Norwegen neben der Fischerei auch die beiden anderen wichtigen Rohstoffe des Landes: Öl und Gas, zum Wahlkampfthema angesichts der im September 2021 anstehenden Parlamentswahlen: Norwegen ist einer der größten Erdöl-

---

9 Fürstentum Liechtenstein – Amt für Auswärtige Angelegenheiten (AAA): Zukünftige Beziehungen mit UK, abrufbar unter: <https://www.llv.li/inhalt/118946/amtsstellen/zukunftige-beziehungen-mit-uk> (letzter Zugriff: 3.9.2021).

10 Süddeutsche Zeitung: EU, Norwegen und UK einigen sich auf Fischfangmengen, 17.3.2021.

beziehungsweise Erdgasproduzenten weltweit, exportiert diese mit großem Erfolg und Gewinn, kokettiert Dritten gegenüber aber mit Energieeffizienz beim Eigenverbrauch und der Umstellung auf erneuerbare Energien wie der Nutzung von Wind- und Wasserkraft und der daraus abgeleiteten Stromgewinnung. Dass dies für die Gesamtklimabilanz aber nur begrenzt bedeutsam ist, wurde von linker und grüner Seite im Wahlkampf nachdrücklich thematisiert.<sup>11</sup> Die Umfragen vor den Wahlen zum Storting deuten darauf hin, dass nach zwei Legislaturperioden (2013–2021) einer bürgerlichen Regierung unter Ministerpräsidentin Erna Solberg von der konservativen Høyre-Partei (H) nun die sozialdemokratische Arbeiterpartei (Ap) mit ihrem Vorsitzenden Jonas Gahr Støre eine linke Regierungsmehrheit im Storting erzielen könnte, wobei die möglichen Koalitionswunschpartner, die rot-grüne Sozialistische Linke und die ländlich-grüne Zentrums-Partei, eine deutlich klimaorientiertere und ölkritischere Politik fordern als die Sozialdemokraten.<sup>12</sup>

### **Liechtenstein – Alt-neue Regierungskoalition mit erstmaliger Frauenmehrheit**

Die Landtagswahl am 7. Februar 2021 hatte einen überraschend knappen Ausgang: Regierungschef Adrian Hasler von der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP) trat bei der Wahl nach zwei Amtszeiten nicht mehr an, als Nachfolgerin stellte die FBP die Diplomatin Sabine Monauni auf. Bei der Landtagswahl legte die FBP an Stimmen und Sitzen leicht zu, wurde allerdings mit denkbar knappem Ergebnis von der zweiten Traditions-Partei des Landes, der Vaterländischen Union (VU) überholt, so dass diese als stärkste Partei ihren Spitzenkandidaten Daniel Risch, bislang Stellvertreter Haslers, für das Amt des Regierungschefs nominierte. Monauni wurde zur Regierungschef-Stellvertreterin gewählt und übernahm das neuzugeschnittene Ministerium für Inneres, Wirtschaft und Umwelt.

Neue Aussenministerin wurde die bisherige Innenministerin Dominique Hasler (VU) (Ministerin für Äusseres, Bildung und Sport, zuvor 2017–2021: Ministerium für Inneres, Bildung und Umwelt.) Die bisherige Aussenministerin Katrin Eggenberger schied nach bereits zwei Jahren wieder aus der Landesregierung aus. Gleichwohl sind in der Regierung Liechtensteins nun erstmals mehr Frauen als Männer vertreten, durchaus bemerkenswert angesichts der Tatsache, dass das Frauenstimmrecht im Fürstentum erst seit 1984 besteht.

Die traditionelle links-grüne Oppositionspartei Freie Liste (FL) errang mit 12,9 Prozent der Stimmen wiederum 3 Sitze im Landtag. Die erst 2013 gegründete Partei Die Unabhängigen (du), politischer Shooting-Star der vergangenen beiden Landtagswahlen, hatte sich in der vergangenen Legislatur zerlegt, die Absplitterung Demokraten pro Liechtenstein (DpL) konnte nur zwei der bisher fünf Sitze im Parlament retten.<sup>13</sup>

Europapolitisch hält der Kleinstaat unverändert Kurs. Durch die Mitgliedschaft in EFTA und Europäischem Wirtschaftsraum (EWR) sowie durch den Zollvertrag mit der Schweiz kann das Fürstentum die Vorteile beider „Welten“ miteinander verbinden: Zusammen mit seinen EWR/EFTA-Partnern Norwegen und Island konnte Liechtenstein im Juli 2021 ein umfassendes Freihandelsabkommen mit dem Vereinigten Königreich

---

11 Rudolf Hermann: Die Zukunft des Erdöls und das Verhältnis zu Brüssel: In Norwegens Politik regiert der Spaltpilz, in: Neue Zürcher Zeitung, 13.9.2021.

12 Kai Strittmatter: Wahlkampf um Öl und Feuer, in: Süddeutsche Zeitung, 13.9.2021.

13 Fürstentum Liechtenstein: Ergebnisse Landtagswahlen 2021, 7.2.2021, abrufbar unter: <https://www.landtagswahlen.li/resultat/12> (letzter Zugriff: 3.9.2021).

schließen, das insbesondere den grenzüberschreitenden Dienstleistungshandel inklusive Finanzdienstleistungen und Investitionen umfasst.<sup>14</sup> Der Warenverkehrsbereich ist hingegen durch das Zusatzabkommen zwischen der Schweiz, Liechtenstein und Großbritannien geregelt. Ziel ist es, möglichst den gleichen Marktzugang wie die EU sicherzustellen und eine Diskriminierung zu vermeiden.

### Schweiz – Abbruch der Übung und „Reset 2.0“

Die jahrelange Arbeit um ein Rahmenabkommen war umsonst: Am 26. Mai 2021 hat der Schweizer Bundesrat (Regierung) beschlossen, die Verhandlungen über das institutionelle Rahmenabkommen (InstA) zwischen der EU und der Schweiz wegen „substantieller Differenzen“ abzubrechen.<sup>15</sup> Der im November 2018 paraphierte Vertragsentwurf war direkt nach Veröffentlichung in der Schweiz ins innenpolitische Sperrfeuer geraten: Im Rahmen eines Anhörungsprozesses wurden eine Vielzahl von Änderungsvorstellungen formuliert, aufgrund derer der Bundesrat gegenüber der Europäischen Kommission Wünsche auf Nachverhandlungen artikulierte, bevor das Abkommen seitens der Schweiz unterzeichnet werden könne, was die EU-Seite allerdings bereits 2019 ablehnte. Verschiedene Versuche der Schweiz, das Verhandlungsergebnis über Klarstellungen hinaus nochmals aufzuschüren, führten auch bei der neuen Kommission zu keinem Erfolg. Angesichts der langjährigen Hängepartie waren die EU-Akteure gegenüber neuen schweizerischen Forderungen sehr zurückhaltend.

Die Entscheidung des Bundesrates über den Abbruch der Verhandlungen wurde sowohl von der Europäischen Kommission mit Bedauern wahrgenommen<sup>16</sup> wie auch von vielen Schweizer Akteuren in Politik und Wirtschaft, speziell in der Exportwirtschaft, bei Wirtschaftsverbänden wie Economiesuisse, und bei verschiedenen politischen Parteien. Hier wurde insbesondere kritisiert, dass der Bundesrat den Abbruch der Übung am Parlament vorbei beschlossen habe. Bei der nationalkonservativen Schweizerischen Volkspartei (SVP) hingegen brach Jubel aus und der Bundesrats-Entscheid wurde als „Sieg für die Selbstbestimmung und die direkte Demokratie der Schweiz“ bezeichnet.<sup>17</sup>

Trotz des gescheiterten Rahmenabkommens kündigte der Bundesrat an, die bilaterale Zusammenarbeit mit der EU weiter pflegen zu wollen. Genau dies ist aber das Problem, insofern die EU seit Jahren mit Nachdruck eine prinzipielle strukturelle Veränderung der Beziehungen fordert. Die innenpolitisch erneut vorgetragene Forderung, statt eines Rahmenabkommens der EU-Seite Gespräche über ein weiteres Paket bilateraler Abkommen vorzuschlagen („Bilaterale III“), erscheint daher wenig aussichtsreich.<sup>18</sup>

Nach dem Abbruch des Projektes eines Rahmenabkommens drohen die Beziehungen Schweiz-EU in unterschiedlichen Bereichen so erkennbar auf ein Nebengleis zu geraten:

---

14 Handelsblatt: London besiegelt Handelsvertrag mit Norwegen, Island, Liechtenstein, 8.7.2021, abrufbar unter: <https://www.handelsblatt.com/politik/international/efta-london-besiegelt-handelsvertrag-mit-norwegen-island-liechtenstein/27405888.html?ticket=ST-1470954-boJM144alozTT5VHUGdx-ap5> (letzter Zugriff: 3.9.2021).

15 Schweizerische Eidgenossenschaft: Medienmitteilung des Bundesrats, Das Institutionelle Abkommen Schweiz-EU wird nicht abgeschlossen, 26.5.2021, abrufbar unter: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-83705.html> (letzter Zugriff: 3.9.2021).

16 Europäische Kommission: Erklärung der Kommission zur Entscheidung des Schweizer Bundesrats die Verhandlungen über das institutionelle Rahmenabkommen zwischen der EU und der Schweiz abzubrechen, 26.5.2021, STATEMENT/21/2683.

17 Schweizerische Volkspartei: Medienmitteilung, Sieg für die Selbstbestimmung und die direkte Demokratie der Schweiz, 26.5.2021, abrufbar unter: <https://www.svp.ch/news/artikel/medienmitteilungen/sieg-fuer-die-selbstbestimmung-und-die-direkte-demokratie-der-schweiz/> (letzter Zugriff: 3.9.2021).

Mittlerweile ist beispielsweise das neue EU-Forschungsprogramm „Horizon Europe“ für die Jahre 2021–2027 ohne Beteiligung der Schweiz gestartet worden. Auch in anderen Bereichen gerät die Beteiligung der Schweiz ins Stocken: Bei der Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (Acer) mit Sitz in Ljubljana droht aktuell die Schweizer Stromaufsicht Elcom ihren Beobachterstatus zu verlieren.<sup>19</sup>

Die wirtschaftsnahe „Denkfabrik“ Avenir Suisse hat als Konsequenz inzwischen einen „Erosionsmonitor“ veröffentlicht, mit dem künftig regelmäßig Veränderungen und Risiken in den Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU aufgezeigt werden sollen. Die Hoffnungen, die 2017 nach der Ablösung von Aussenminister Didier Burkhalter durch den neuen Bundesrat Ignazio Cassis entstanden waren, haben sich somit bislang nicht erfüllt. Mit vier Jahren Verspätung ist seitens der Schweiz letztlich ein verzögerter „Reset 2.0“ vorgenommen worden und beim politischen Roulette steht erst einmal wieder „Alles auf Null“. Ob innenpolitische Reformideen aufgegriffen werden, bleibt abzuwarten.<sup>20</sup>

Um zu unterstreichen, dass die Schweiz am Ausbau der Beziehungen zu Brüssel interessiert ist, hat das Schweizer Parlament im September 2021 den seit längerem schweizintern umstrittenen Kohäsionsbeitrag freigegeben, mit dem die Eidgenossenschaft – ähnlich wie Norwegen und die anderen EWR-EFTA-Staaten – als Gegenleistung für die Teilnahme am EU-Binnenmarkt wie schon seit dem Jahr 2006 mit einem auf mehrere Jahre aufgeteilten Beitrag in Höhe von circa 1,2 Mrd. Euro ärmere EU-Mitgliedsländer finanziell unterstützt.

### Weiterführende Literatur

EFTA: EFTA-Bulletin, 60th Anniversary Papers, Genf/Brüssel/Luxemburg, Dezember 2020, abrufbar unter: [https://www.efta.int/sites/default/files/publications/Bulletins//EFTA\\_Bulletin\\_60YearsPapers.pdf](https://www.efta.int/sites/default/files/publications/Bulletins//EFTA_Bulletin_60YearsPapers.pdf) (letzter Zugriff: 3.9.2021).

EFTA: European Economic Area (EEA) / Relations with the EU, abrufbar unter: <http://www.efta.int/eea> (letzter Zugriff: 3.9.2021).

Matthias Oesch: Schweiz – Europäische Union. Grundlagen, Bilaterale Abkommen, Autonomer Nachvollzug, Zürich 2020, abrufbar unter: [https://www.zora.uzh.ch/id/eprint/193359/1/Schweiz-Europaeische-Union-V1\\_04-20201002-digital.pdf](https://www.zora.uzh.ch/id/eprint/193359/1/Schweiz-Europaeische-Union-V1_04-20201002-digital.pdf) (letzter Zugriff: 3.9.2021).

Burkard Steppacher: Schweizerische Europapolitik am Scheideweg, in: *integration* 2/2016, S. 107–122.

---

18 Fabian Schäfer: Die Schweiz soll rasch auf die EU zugehen und die «Bilateralen III» aufgleisen – ein neuer Vorschlag gegen die Berner Planlosigkeit, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 4.8.2021, abrufbar unter: <https://www.nzz.ch/schweiz/die-schweiz-soll-zuegig-auf-die-eu-zugehen-und-die-bilateralen-iii-aufgleisen-ein-neuer-vorschlag-gegen-die-berner-planlosigkeit-id.1638627> (letzter Zugriff: 3.9.2021).

19 Teresa Hug Alonso et al.: Erosionsmonitor. Trimester-Report zum Stand des bilateralen Verhältnisses Schweiz – EU, in: *Avenir suisse analyse* 1/2021.

20 Gion-Duri Vincenz/Urs Leuthard: Longchamp schlägt Systemwechsel beim Bundesrat vor, in: *SRF News*, 27.5.2021, abrufbar unter: <https://www.srf.ch/news/schweiz/rahmenabkommen-gescheitert-longchamp-schlaegt-systemwechsel-beim-bundesrat-vor> (letzter Zugriff: 3.9.2021).